



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN



NETZWERK INKLUSION

Landkreis Tirschenreuth





Prof. Dr. Reinhard Markowetz

Inklusion in Deutschland...



NETZWERK INKLUSION
Landkreis Tirschenreuth

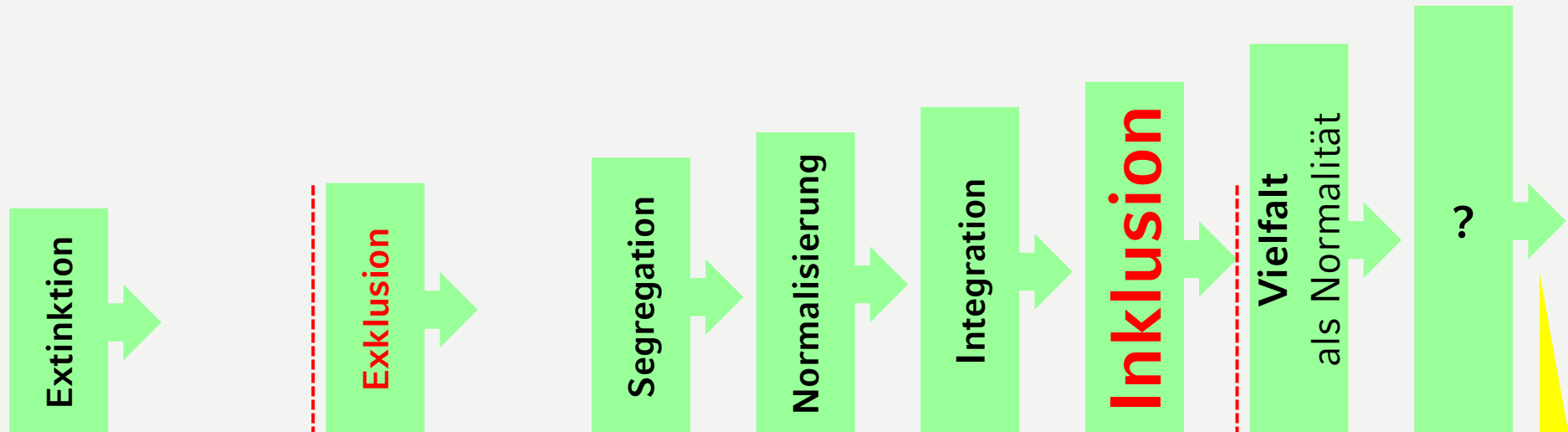
Wo stehen wir? Was wissen wir?

*Wie lassen sich die inklusiven Entwicklungen
im Landkreis Tirschenreuth einordnen und
bewerten?*

Erbendorf, 23.09.2017

Workshoptag „Inklusion und Arbeit“





Historische Phasen und Entwicklungsmodelle der pädagogischen Arbeit für Menschen mit Behinderungen

... vom Objekt zum Subjekt
 ... von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung
 ... vom Fürsorgeansatz zum Bürgerrechtsansatz
 ... auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft?

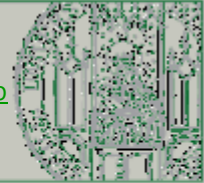
Inklusion als Entwicklungsaufgabe für die Gesellschaft, die Städte, die Gemeinden, die Kommunen, die Bezirke, die Landkreise, die Bundesländer, Deutschland, Europa, die Welt!

„Heilpädagogischer Urknall“

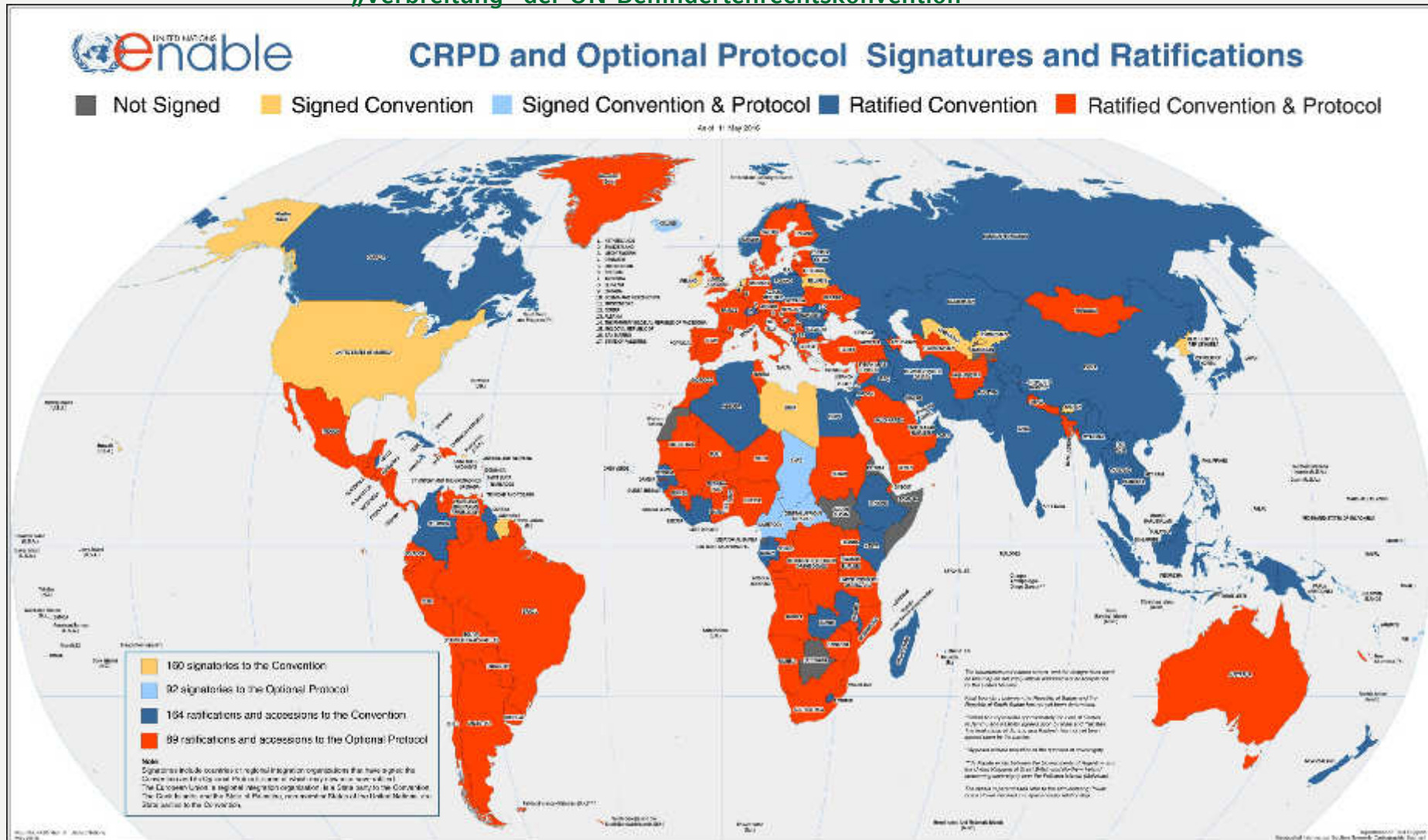
Antike	19. Jahrhundert	20. Jahrhundert	21. Jahrhundert
Frühzeit			
Altertum		Drittes Reich	
Mittelalter	Neuzeit	1933-1945	Moderne Postmoderne

UN-BRK ein völkerrechtlich bindendes Abkommen und internationales Recht

Quelle: United Nations
<https://www.un.org/development/desa/disabilities/convention-on-the-rights-of-persons-with-disabilities.html>

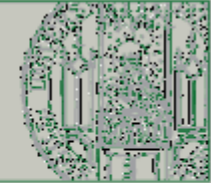


„Verbreitung“ der UN-Behindertenrechtskonvention





- | | |
|--|--|
| <p>Art. 1 Zweck</p> <p>Art. 2 Definitionen</p> <p>Art. 3 Allg. Grundsätze</p> <p>Art. 4 Allg. Verpflichtungen</p> <p>Art. 5 Nichtdiskriminierung</p> <p>Art. 6 Frauen mit Behinderung</p> <p>Art. 7 Kinder mit Behinderung</p> <p>Art. 8 Förderung des Bewusstseins</p> <p>Art. 9 Zugänglichkeit</p> <p>Art. 10 Recht auf Leben</p> <p>Art. 11 Gefahrensituationen</p> <p>Art. 12 Rechts-/Geschäftsfähigkeit</p> <p>Art. 13 Zugang zur Justiz</p> <p>Art. 14 Freiheit und Sicherheit</p> <p>Art. 15 Freiheit von Folter ...</p> <p>Art. 16 Freiheit von Ausbeutung</p> | <p>Art. 17 Schutz der Unversehrtheit..</p> <p>Art. 18 Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit</p> <p>Art. 19 Unabhängiges Leben / Teilhabe a. d. Gemeinschaft</p> <p>Art. 20 Persönliche Mobilität</p> <p>Art. 21 Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen</p> <p>Art. 22 Schutz der Privatsphäre</p> <p>Art. 23 Achtung von Heim und Familie</p> <p>Art. 24 Bildung</p> <p>Art. 25 Gesundheit</p> <p>Art. 26 Rehabilitation</p> <p>Art. 27 Arbeit und Beschäftigung</p> <p>Art. 28 Angemessener Lebensstandard</p> <p>Art. 29 Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben</p> <p>Art. 30 Teilhabe am kulturellen Leben</p> |
|--|--|

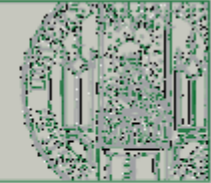


jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird. Sie umfasst alle Formen der Diskriminierung, einschließlich der Versagung angemessener Vorkehrungen;

(Un-Konventionen - Artikel 2)

die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens erkennen die Notwendigkeit an, „die Menschenrechte aller Menschen mit Behinderungen, einschließlich derjenigen, die intensivere Unterstützung benötigen, zu fördern und zu schützen“

(UN-KonventionenPräambel (j))



Menschen mit

- Sehbehinderungen, blinde Schüler/-innen
- Hörschwierigkeiten: Schwerhörige Schüler/-innen, gehörlose Schüler/-innen
- Sprachbehinderungen
- Kommunikationsproblemen
- Lernschwierigkeiten
- Verhaltensauffälligkeiten
- sozial-emotionalen Störungen
- psychiatrischen Störungen
- sozialen Schwierigkeiten
- geistiger Behinderung
- autistischen Störungen (Autismus Spektrums Störungen, ASS)
- Epilepsie
- Krankheiten (z.B. Meningitis), chronischen Krankheiten, Infektionen
- Körperbehinderungen
- schwersten und mehrfachen Behinderungen
- „erworbenen“ Behinderungen, z.B. aufgrund von Unfällen, Krankheiten, Traumatisierungen, Mangelernährung, hygienischen Verhältnissen, Flucht- und Wanderungserfahrungen



Inklusion im Bildungsbereich bedeutet...

1. einen uneingeschränkten Zugang und die vorbehaltlose Zugehörigkeit zu allen Bildungseinrichtungen von Städten, Kommunen wie Kreisen (insbesondere Schulen) zu haben
2. selbstverständlich an allen Angeboten der Bildungsanbieter des sozialen Umfeldes (frühkindliche Bildung; Erwachsenenbildung) über die gesamte Lebensspanne teilnehmen und teilhaben zu können!

Deshalb müssen alle Bildungseinrichtungen und alle Bildungsanbieter auf die Bildungsbedürfnisse aller Menschen so eingehen, dass jeder Mensch eine möglichst qualitativ hochwertige Bildung erfahren und dabei als selbstverständliches Mitglied der Gemeinschaft chancengleich anerkannt und von ihr wertgeschätzt werden kann!



Full Inclusion

Educational Inclusion

Inklusive Bildung bedeutet vor allem eine grundlegende und radikale Änderung des Bildungssystems und seiner Organisation („enges Verständnis“)

Inklusive Bildung erfordert in erster Linie eine **wirksame Unterstützung aller Lernenden**, die unterschiedlich organisiert sein kann („moderates Verständnis“)

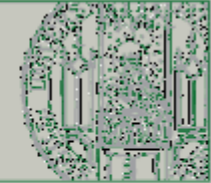
Spezialisierte Organisationsformen (z.B. Förderschulen) gelten als Bruch der Menschenrechte

Anerkennung verschiedener Organisationsformen, da es keine empirischen Belege für die Überlegenheit einer Form gibt

Forderung der Abschaffung von Förderschulen/spezialisierten Organisationsformen/spezialisierten Lehrkräften

Bedeutung für qualitativ hochwertige Bildung haben evidenzbasierter Verfahren, Förderpläne, Diagnostik, Didaktik, Kooperationen, Beratungen, Schulentwicklungen...

vgl. Hillenbrand, Melzer & Sung, 2014



Unter Beachtung des sog. 4A Schema nach Tomasevski (2006)*

- **Availability (Verfügbarkeit)**
- **Accessibility (Zugänglichkeit)**
- **Acceptability (Akzeptierbarkeit)**
- **Adaptability (Anpassungsfähigkeit)**

sollten für die Bewertung inklusiver Entwicklungen die folgenden

4 Indikatoren herangezogen werden:

1. *Zugang, Platzierung*
2. *Akzeptanz*
3. *Soziale Teilhabe*
4. *Leistungsentwicklung und
Persönlichkeitsentwicklung*

*Tomasevski, K.: Human rights obligations in education. The 4-A scheme. Tilburg 2006.

3 P – Modell

(adapt. Mel Ainscow, University Manchester, UK)

P 1



Stufe der Präsenz

Menschen mit Behinderungen sind willkommen und endlich in der „Freizeitgesellschaft“ angekommen!
institutionelle Dimension von Inklusion!
 Freizeit wird zu einem Aufenthaltsbereich für alle Menschen...

P 2

Dynamik des



Stufe der Partizipation

Menschen mit Behinderungen gehören egalitär dazu und nehmen in ihrer Freizeit selbstverständlich am sozialen Leben der Gesellschaft teil!
soziale Dimension von Inklusion!
 Freizeit wird zum Lebens-, Begegnungs- und Sozialraum für alle Menschen...

P 3

INKLUSIVEN



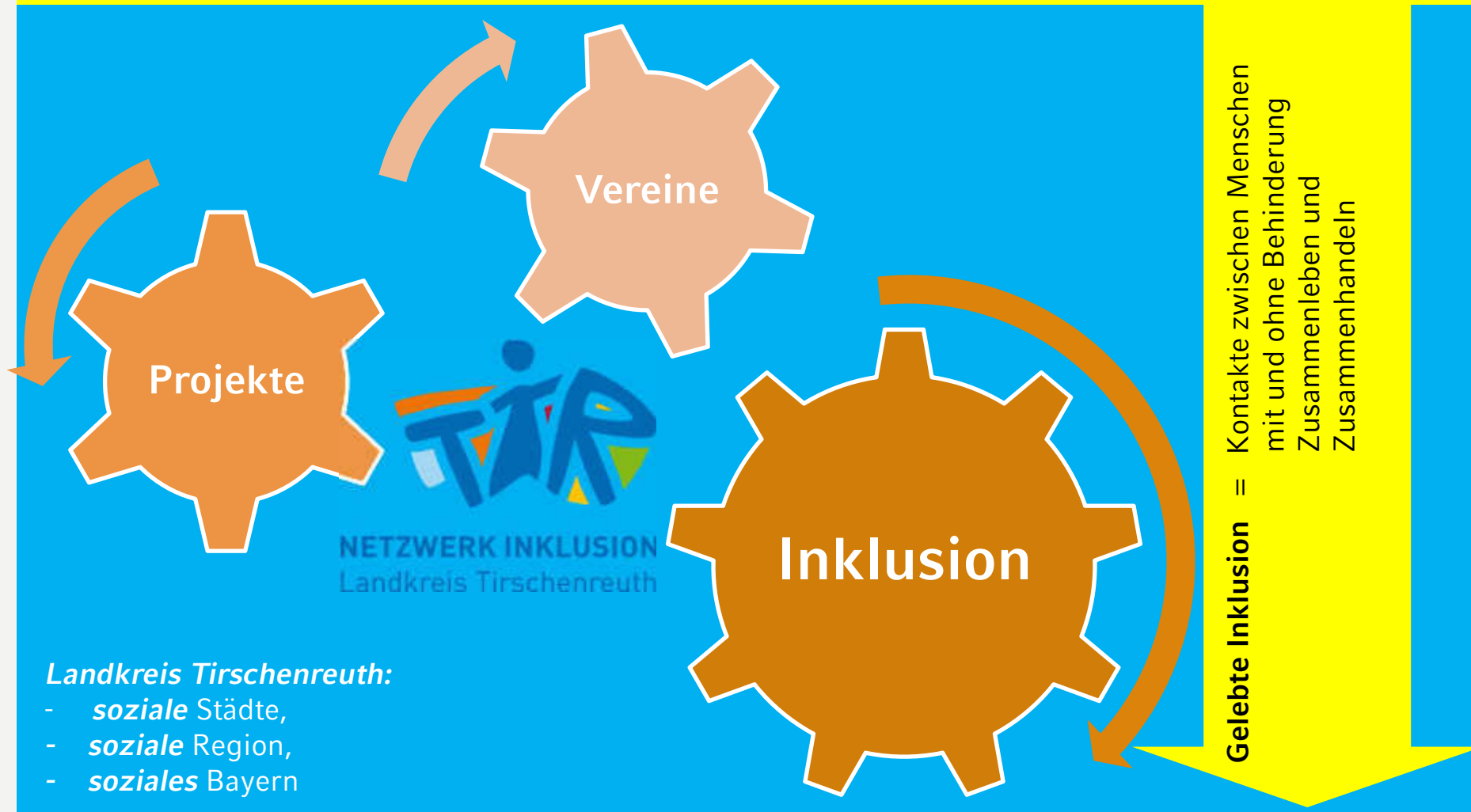
Stufe der Pädagogik

Entfaltung einer Freizeitpädagogik für alle Menschen:
„making leisure experience possible and effective for every person“
didaktische Dimension von Inklusion!
 Freizeit, ein Bereich des Lernens und Aktivseins als Schlüssel zum kulturellen Leben, Wegbereiter und Promoter für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung aller Menschen...

PROZESSES



"Netzwerk Inklusion"



Landkreis Tirschenreuth:

- soziale Städte,
- soziale Region,
- soziales Bayern

Partner des Netzwerks:

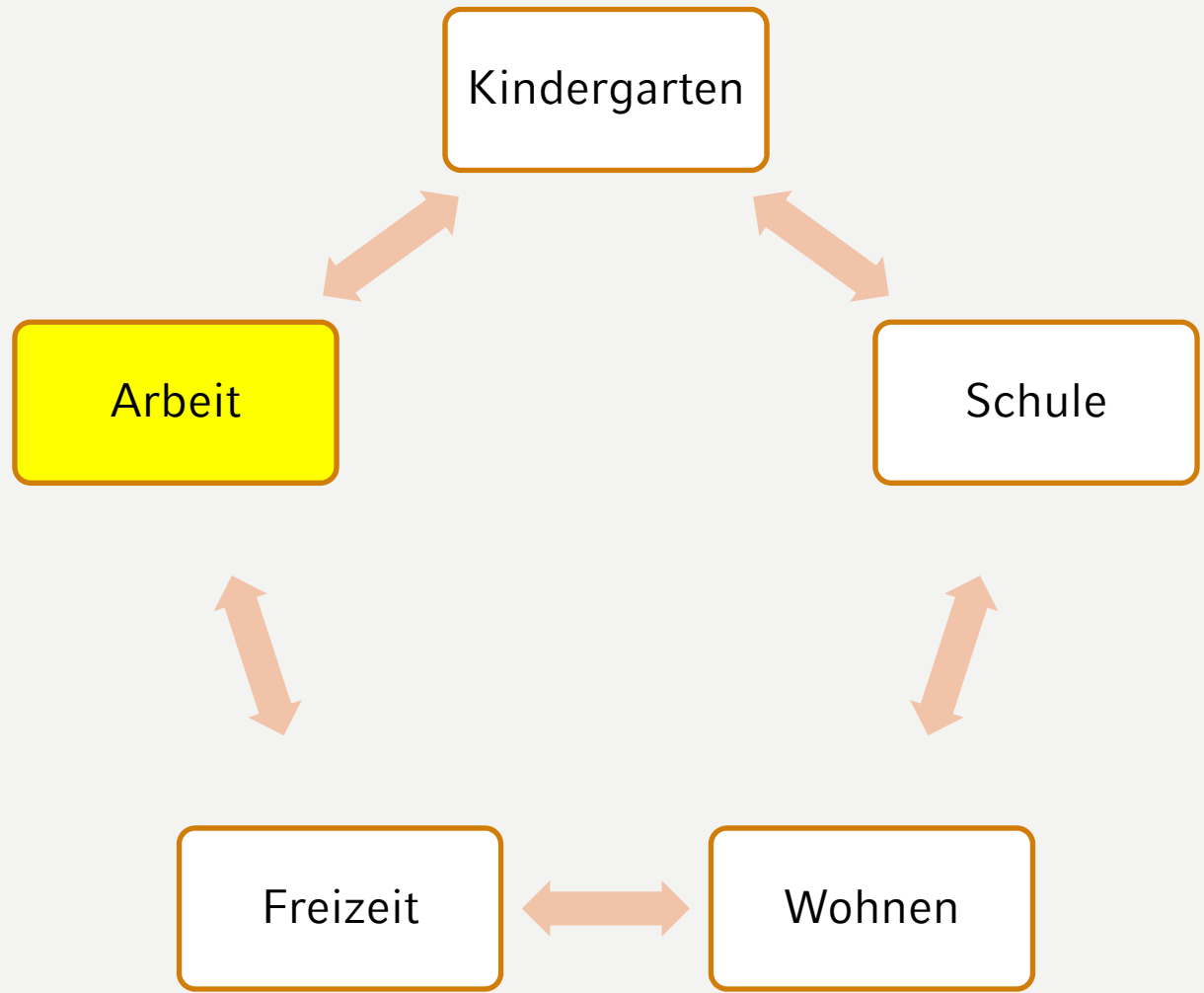
- AG Berufs- und Arbeitswelt
- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Tirschenreuth e.V.
- Bayerischer Landes-Sportverband
- Behindertenbeauftragte
- Bayerisches Rotes Kreuz
- Evangelisches Bildungswerk
- Familienzentrum Mittendrin
- Katholische Erwachsenenbildung
- Katholische Jugendfürsorge
- Kommunale Wohnberatungsstelle
- Kreisjugendring
- Lebenshilfe Kreisvereinigung Tirschenreuth e. V.
- Offene Behindertenarbeit – Familienentlastender Dienst
- Selbsthilfegruppe Behinderte-Nichtbehinderte
- Seniorenbeauftragte und Seniorenfachstelle
- Sozialteam Nordoberpfalz
- Staatliches Berufliches Schulzentrum Wiesau
- Volkshochschule
- Wirtschaftsförderung und Gründerzentrum



NETZWERK INKLUSION
Landkreis Tirschenreuth



S
e
i
b
s
t
b
e
s
t
i
g
k
e
i
t

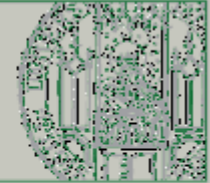


P
a
r
t
i
z
i
p
a
t
i
o
n

Sozialintegrativ wirksame Veränderungenⁿ

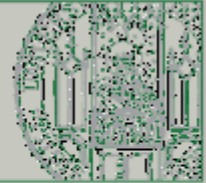


LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN



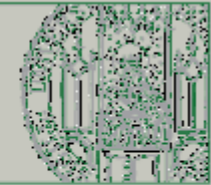
Inklusion

im Bereich Kindergarten



Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Kindergarten

- schon seit 1996 Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz für Kinder zwischen 3 und 6
- Seit August 2013 Rechtsanspruch auch für Kinder unter 3 (ab vollendetem 1. Lebensjahr)
- Die Ausbauprogramme berücksichtigen den Auftrag zur Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung in gemeinsamen Gruppen entsprechend §22a Abs. 4 SGB VIII



Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Kindergarten

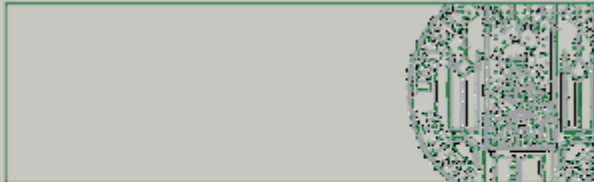
- Umsetzung inklusiver Bemühungen im vorschulischen Bereich recht erfreulich
- Betreuung im Vorschulalter überwiegend inklusiv
- Anteil der inklusiv betreuten Kinder stieg zwischen 2008 und 2015 von 81% auf 90%
- Anzahl an integrativen Kindertageseinrichtungen steigt kontinuierlich, während spezielle Einrichtungen für Kinder mit Behinderung stetig sinken.

Abbildung 19: Kinder von 3 bis unter 8 Jahren, die noch keine Schule besuchen, mit Bezug von Eingliederungshilfe nach Einrichtungsart*



Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik. Berechnung des ISG. Ohne öffentlich geförderte Kindertagespflege. Jeweils zum Stichtag 1. März.

Engels, Engel, Schmitz 2016,
7ff, 99ff, 103



Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Kindergarten

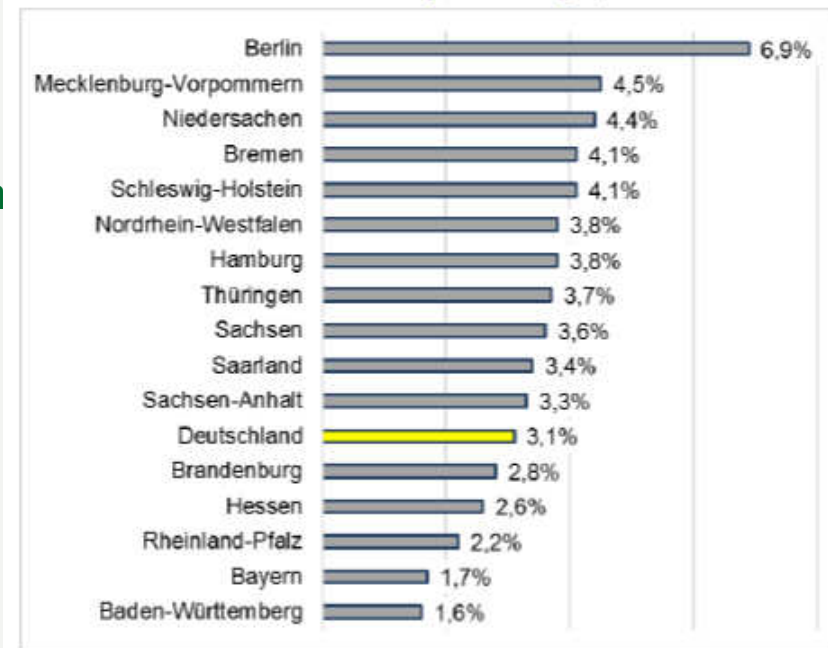
- Insgesamt steigt die Zahl der Kinder, die Leistungen zur Eingliederung erhalten (2007 bis 2014 um 45%)
- Große Unterschiede in den Bundesländern

Tabelle 21: Bezug von heilpädagogischen Leistungen für Kinder unter 7 Jahren

Jahresende	Insgesamt	Anteil Jungen	Anteil Mädchen
2007	67.035	65,8%	34,2%
2008	70.754	65,6%	34,4%
2009	79.244	65,3%	34,7%
2010	90.348	65,2%	34,8%
2011	91.515	65,4%	34,6%
2012	96.688	65,5%	34,5%
2013	96.730	65,3%	34,7%
2014	96.919	64,6%	35,4%
Veränderung 2007-2014	+45%	-2%	+4%

Quelle: Sozialhilfestatistik 2007 bis 2014, Berechnung des ISG

Abbildung 18: Anteil der Nichtschul Kinder von 3 bis unter 8 Jahren, die Eingliederungshilfe in Kindertageseinrichtungen erhalten, an allen gleichaltrigen Nichtschulkindern in Kindertageseinrichtungen, nach Bundesländern

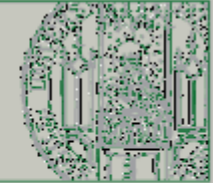


Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik 2015, Berechnung des ISG. Ohne öffentlich geförderte Kindertagespflege. Jeweils zum Stichtag 1. März 2015. Bezogen auf alle 3- bis unter 8-Jährigen, die noch keine Schule besuchen.

Engels, Engel & Schmitz 2016, 102ff

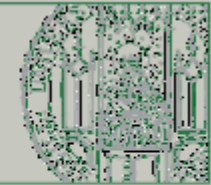


LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN



Inklusion

im Bereich Schule

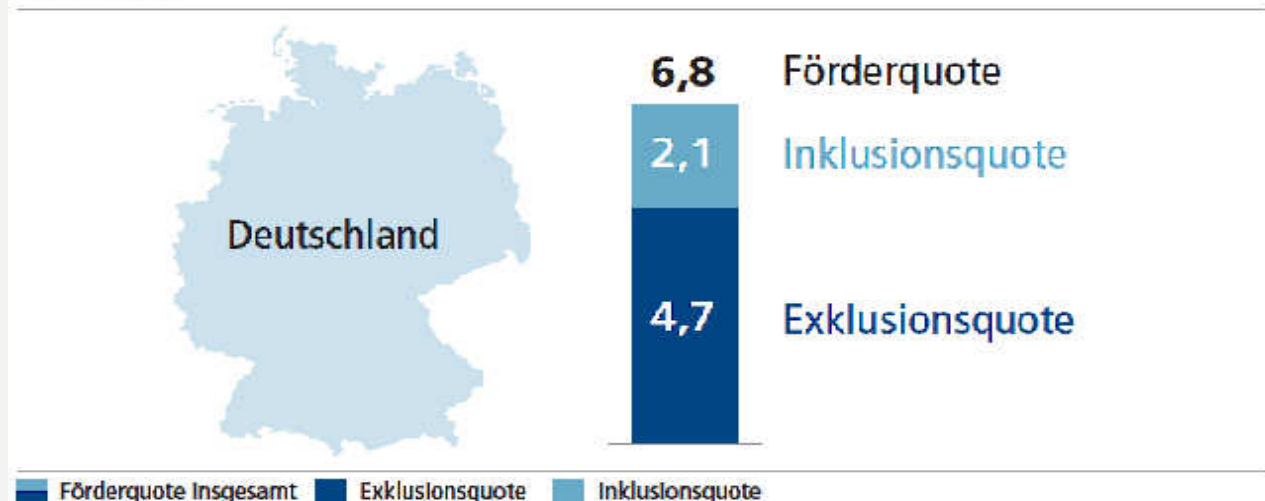


Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Schule

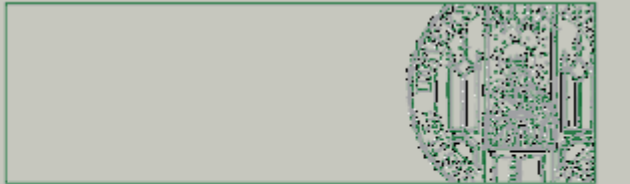
- UN-BRK Art. 24, bundeslandspezifische Umsetzung
- Klemm (2015) definiert verschiedene Quoten zum besseren Vergleich: Förder-, Exklusions-, Inklusionsquote und Inklusionsanteile

Abbildung 4: Förderquote, Inklusionsquote und Exklusionsquote in Deutschland – Schuljahr 2013/14

Angaben in Prozent



Klemm, 2015, 30

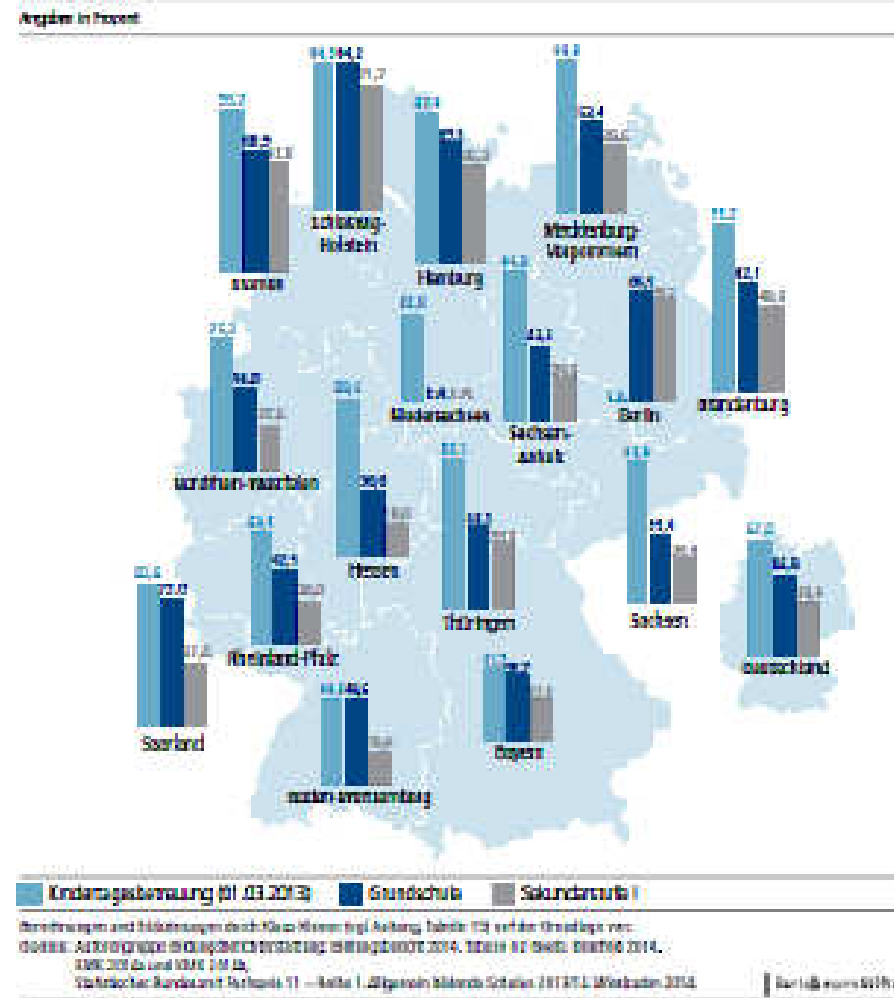


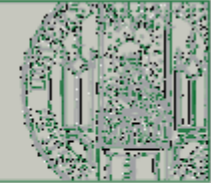
Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Schule

- Erfreuliche Quoten der inklusiv betreuten Kinder im Elementarbereich
- Abnehmende Tendenz in Primar- und Sekundarstufe I
- Bildungsbiografische Brüche
- Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Klemm, 2015, 36

Abbildung 7: Anteile der inklusiv betreuten bzw. unterrichteten Kinder und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf – Schuljahr 2013/14



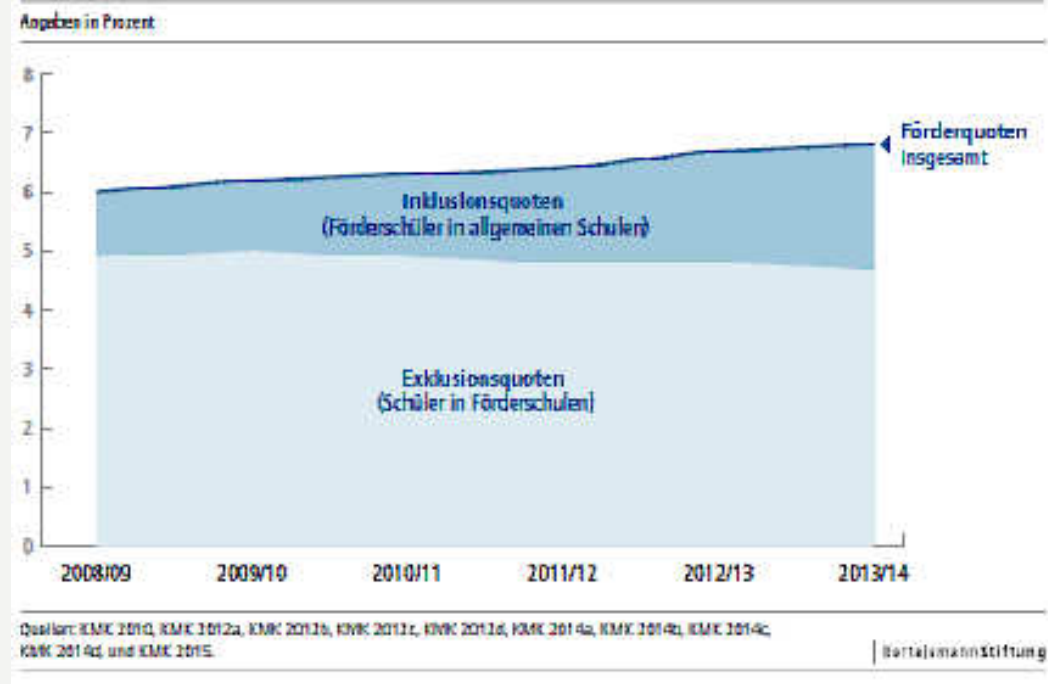


Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Schule

- Förderquote steigt seit dem Schuljahr 2008/09 von 6,0 auf 6,8 (bundesweit)
- Exklusionsquote als Indikator für den Stand der Inklusion heranziehen
- Nach wie vor Ressourcen-Etikettierungs-Dilemma
- Dreigliedriges Schulsystem ab Sekundarstufe I als Inklusionshemmnis
- Fehlende Schulabschlüsse als Hemmnis beim Übergang ins Berufsleben

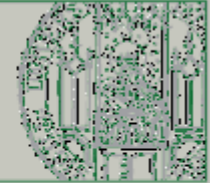
Klemm, 2015, 38ff

Abbildung 8: Entwicklung von Förderquoten, Inklusionsquoten und Exklusionsquoten vom Schuljahr 2008/09 bis zum Schuljahr 2013/14 in Deutschland



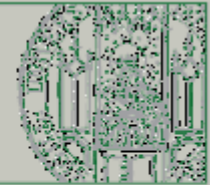


LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN



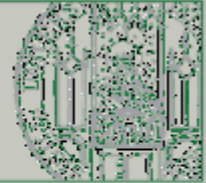
Inklusion

im Bereich Wohnen



Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Wohnen

- Die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung stehe den Wohnbedürfnissen v.a. bei Menschen mit geistiger Behinderung/Mehrfachbehinderung entgegen.
- Paradigmenwechsel: Institutionalisierung → Selbstbestimmung
- Rund 60 der Menschen mit Behinderung leben nach dem verlassen des Elternhauses in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe, 40% nehmen ambulante Hilfe in Anspruch.



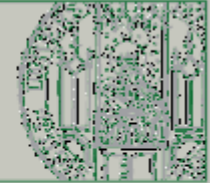
Status quo der Inklusionsbemühungen im Handlungsfeld Wohnen

Erfordernisse

- Flexibilisierung der Dienstleitungen zur Realisierung personenbezogener Unterstützung
- Qualifizierung von MitarbeiterInnen für sozialraumbezogene Aufgaben
- Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich den Forderungen der UN-BRK
- Gemeinwesenorientierte (fallunspezifische) Behindertenhilfe
- „enabling community“

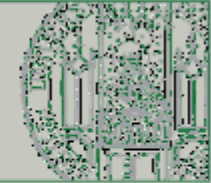
Inklusion

im Bereich Arbeiten



Zu den Erwerbstätigen zählen...

alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige **eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit** ausüben beziehungsweise in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen
(Statistisches Bundesamt 2016).



- Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung
- Zuschüsse bei den Integrationsämtern der Länder für barrierefreie Gestaltung von Arbeitsplätzen
- Gesetzliche Nachteilsausgleiche
- Beschäftigungspflicht (5% ab 20 Mitarbeitern) + Ausgleichsabgabe
- Zuschüsse für Mobilität
- Besonderer Kündigungsschutz für Menschen mit Schwerbehinderung
- Betriebliches Eingliederungsmanagement

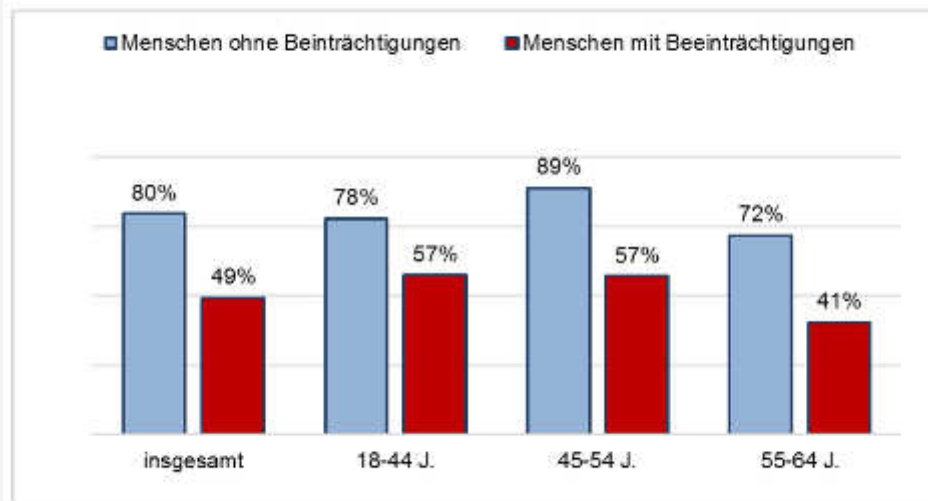
BfAS 2011, 60ff



Erwerbstätigenquote auf dem ersten Arbeitsmarkt

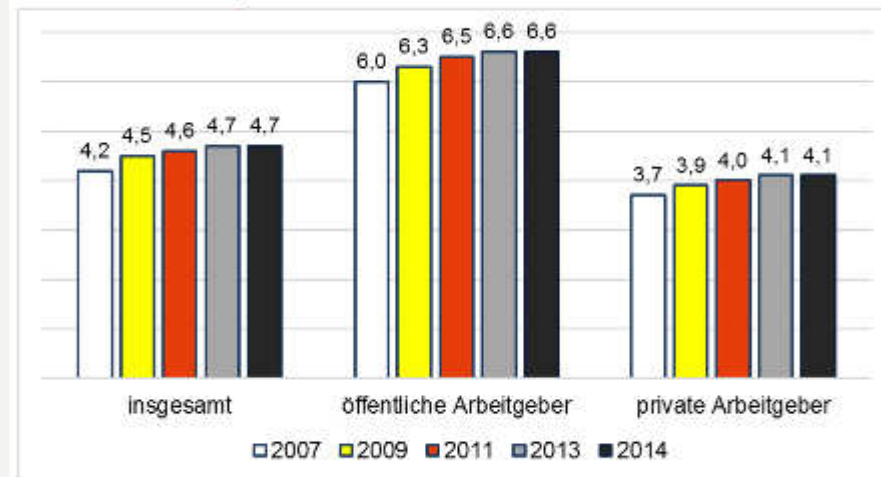
Inklusionsquote von Menschen mit Schwerbehinderung

Abbildung 41: Erwerbstätigenquoten der 18- bis 64-Jährigen nach Alter



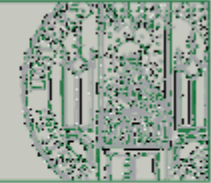
Quelle: Mikrozensus 2013 (gewichtet), Berechnung des ISG.

Abbildung 43: Ist-Quote der mit Menschen mit Schwerbehinderung besetzten Pflichtarbeitsplätze



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2007, 2009, 2011, 2013, 2016b): Statistik zum Anzeigeverfahren nach SGB IX; Arbeitgeber mit 20 und mehr Beschäftigten.

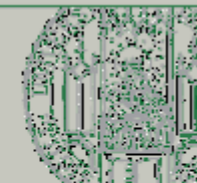
Engels, Engel & Schmitz 2016, 172



Werkstätten für behinderte Menschen

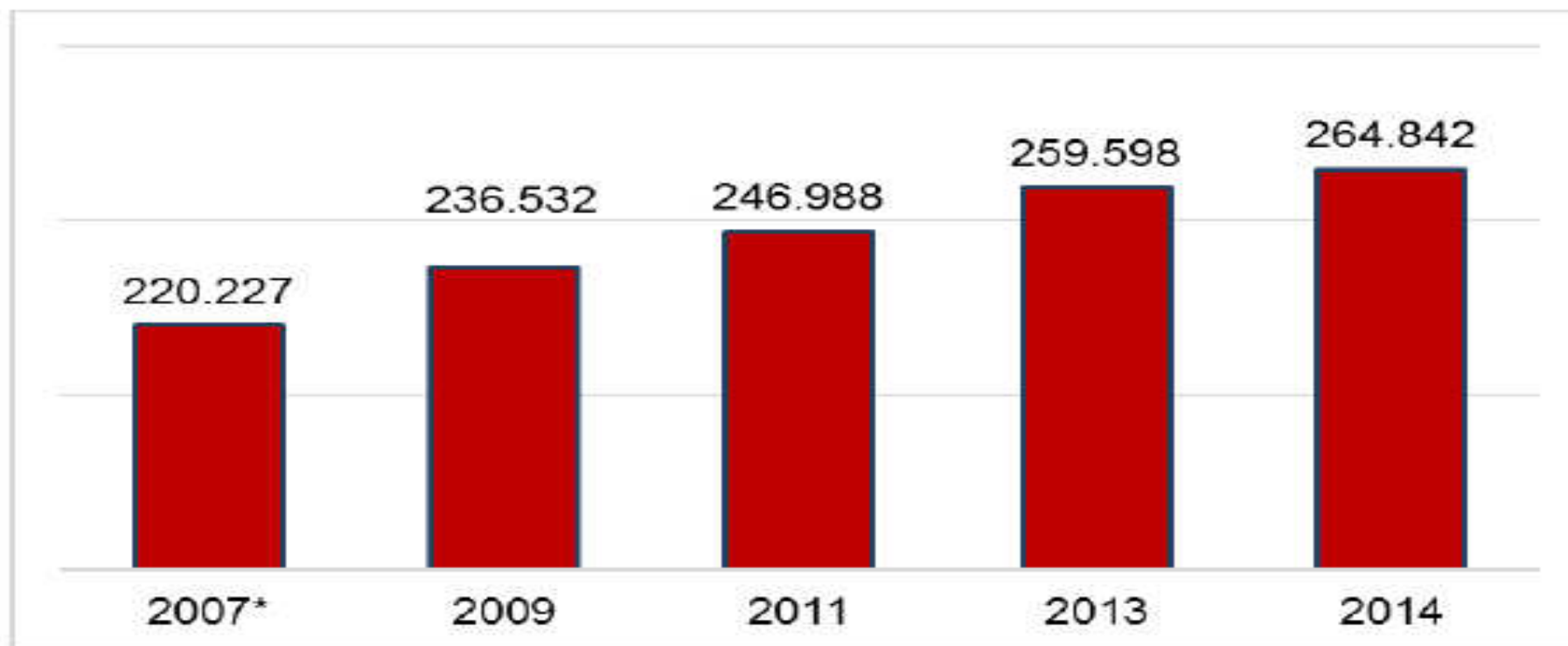
- 700 Werkstätten für behinderte Menschen in Deutschland
- Anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen sind bei Aufträgen der öffentlichen Hand bevorzugt zu berücksichtigen (§ 141 SGB IX)
- Neuausrichtung des Werkstattrechts: individuelle Feststellung des Unterstützungsbedarfs
- Werkstätten-Mitwirkungsverordnung („Werkstatträge“)

BfAS 2011, 66



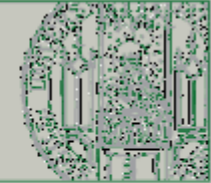
Werkstätten für behinderte Menschen

Abbildung 54: Beschäftigte in den Arbeitsbereichen der WfbM



Quelle: Sozialhilfestatistik 2007-2014, Daten zum Jahresende.
 * 2007: Deutschland ohne die Angaben für Bremen

Engels, Engel & Schmitz 2016, 199



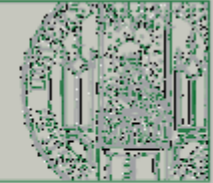
Werkstätten für behinderte Menschen

- **Zugang** erhalten nur Personen, die „wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen“.
- Werkstätten sollen zwar laut Gesetz Menschen für den **ersten Arbeitsmarkt** vorbereiten, jedoch gelingt die Überführung in den ersten Arbeitsmarkt lediglich bei einem Prozent.
- Deutschland vertritt die Auffassung, dass „Werkstätten als Anbieter von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben weiterhin ihren **Platz** haben“.

Monitoring-Stelle zur UN-BRK 2015, 27f

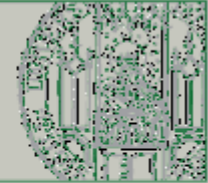


LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

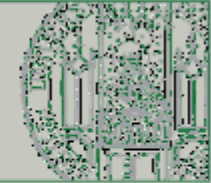


Inklusion

im Bereich Erwachsenenbildung



- „Fortsetzung oder Wiederaufnahme **organisierten Lernens** nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase“ (Deutscher Bildungsrat 1970)
- Heutige Ergänzung: Zunehmende Bedeutung selbstgesteuerten und informellen Lernens (Barz 2004)

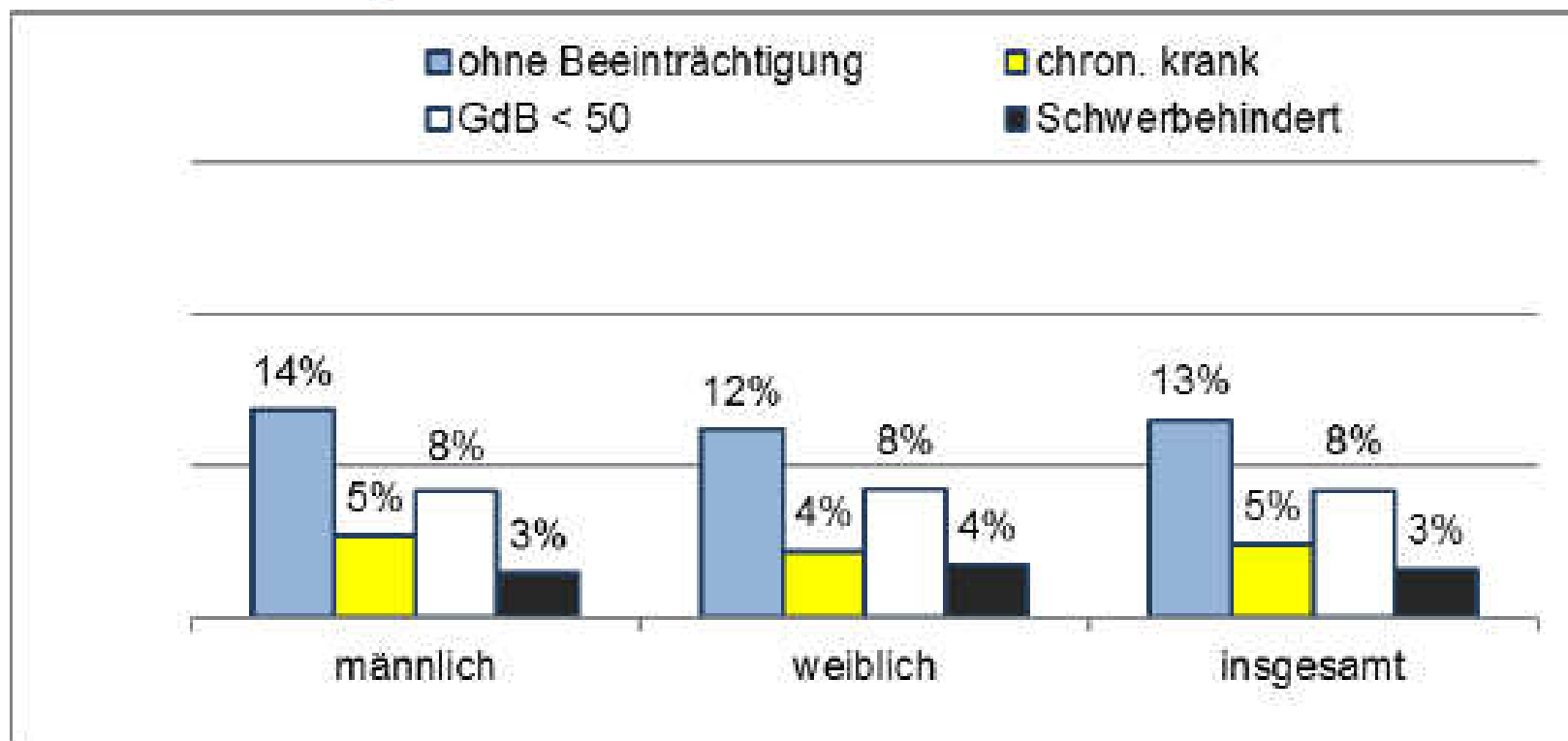


- Keine Erwähnung im Staatenbericht (BfAS 2011)
- Es werden weder die Anzahl und Inhalte der Angebote noch ihre Inanspruchnahme durch Menschen mit Beeinträchtigungen **statistisch erfasst**
- Bisher haben 35% der Weiterbildungsanbieter eine **vollständige Barrierefreiheit** sowohl von Veranstaltungsräumen als auch von Sanitärräumen umgesetzt.
- Menschen mit Beeinträchtigungen sind in Einrichtungen der Erwachsenenbildung **unterrepräsentiert**.

Engels, Engel & Schmitz 2016, 140f



Abbildung 36: Teilnahme von Erwerbstätigen an allgemeiner oder beruflicher Weiterbildung in den letzten 12 Monaten

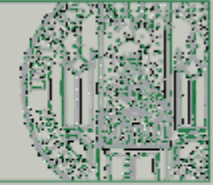


Quelle: Mikrozensus 2013 (gewichtet), Berechnung des ISG.

Engels, Engel & Schmitz 2016, 142f

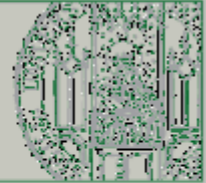


LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN



Inklusion

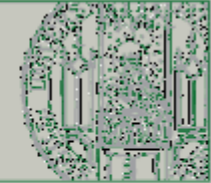
im Bereich Freizeit



„Allgemein kann Freizeit als der Lebensbereich definiert werden, der sowohl zur **individuellen** Erholung, Weiterentwicklung und Identitätsbildung als auch zur Pflege **sozialer** Kontakte und gemeinschaftlicher Aktivitäten dient“

(Lamprecht & Stamm, 1994, 29 f)

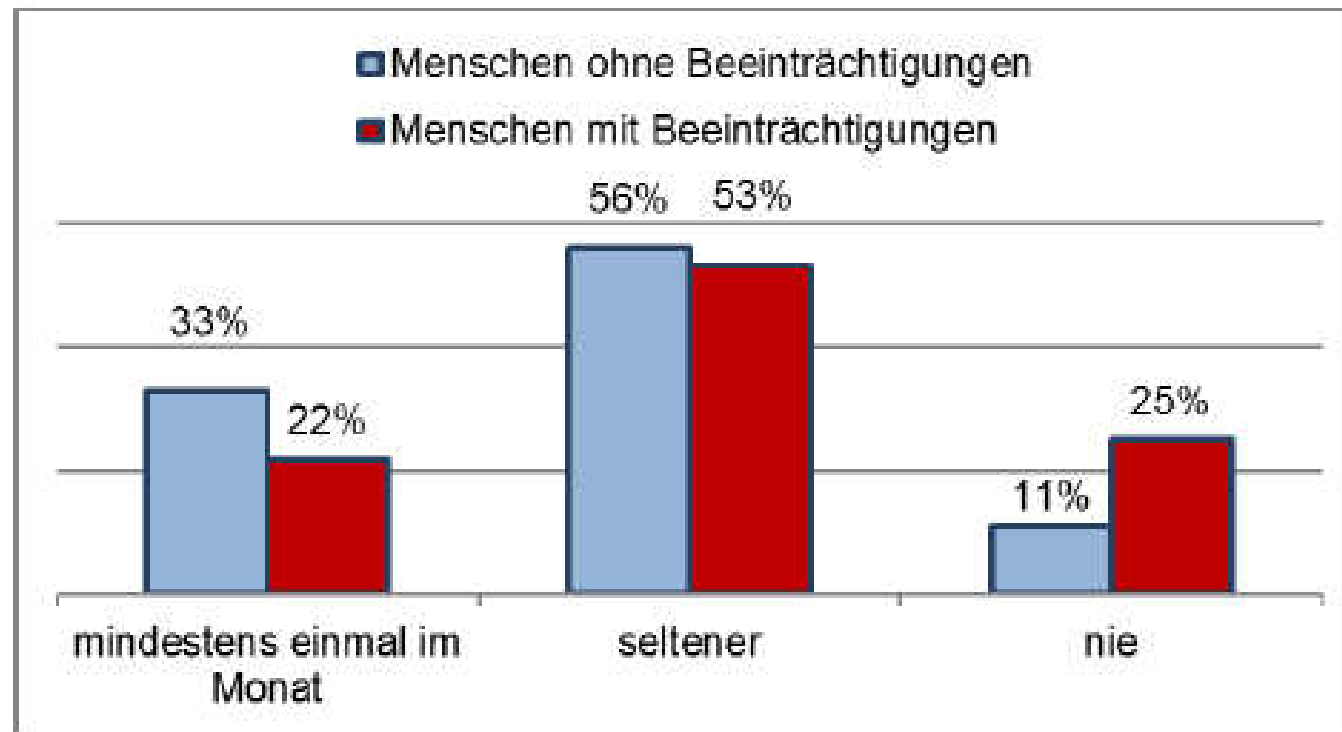
Zitiert nach Engels, Engel & Schmitz 2016, 352



- Persönliches Budget nach § 17 SGB IX
- Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben (Eingliederungshilfe SGB IX)
- Versorgung mit Hilfsmitteln und technischen Hilfen nach dem SGB IX (persönliche Mobilität)
- nur noch Niederflurfahrzeuge bei Neuanschaffungen & barrierefreie Haltestellen
- Parkplätze für behinderte Menschen
- Barrierefreie Rastanlagen
- Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache
- Videotextuntertitelung, Gebärdensprachdolmetschung
- Leistungssportprogramm
- Haushaltsmittel des Bundes für den Deutschen Behindertensportverband, den Deutschen Gehörlosen-Sportverband, den Deutschen Blindenschachverband und für Special Olympics Deutschland

Ausflüge und kurze Reisen

Abbildung 82: Häufigkeit von Ausflügen oder kurzen Reisen



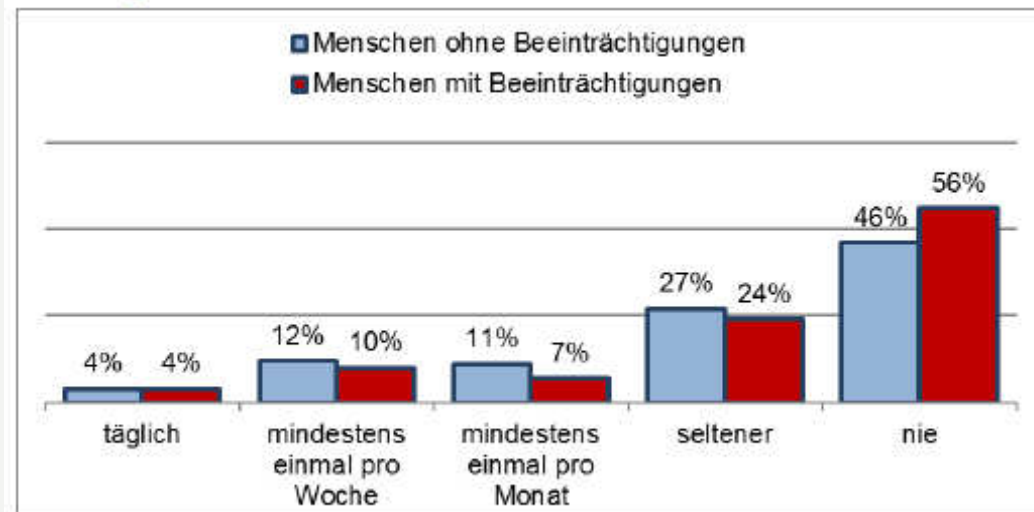
Quelle: SOEP Verknüpfung der Befragungswellen 2012/2013 (gewichtet); Berechnung des ISG.

Engels, Engel & Schmitz 2016, 356



Eigene kulturelle Aktivitäten

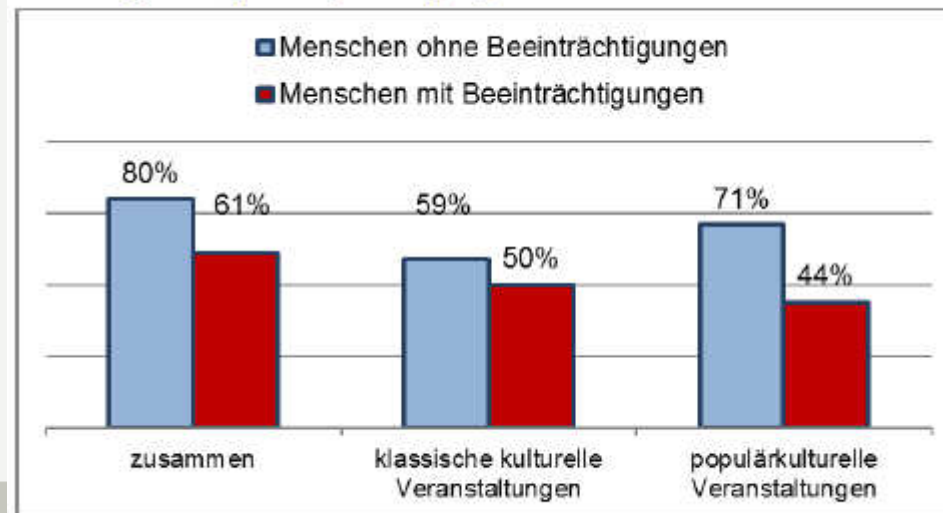
Abbildung 83: Künstlerische oder musische Aktivitäten



Quelle: SOEP Verknüpfung der Befragungswellen 2012/2013, gewichtet; Berechnung des ISG.

Besuch von kulturellen Veranstaltungen

Abbildung 84: Regelmäßige oder gelegentliche Besuche von kulturellen Veranstaltungen



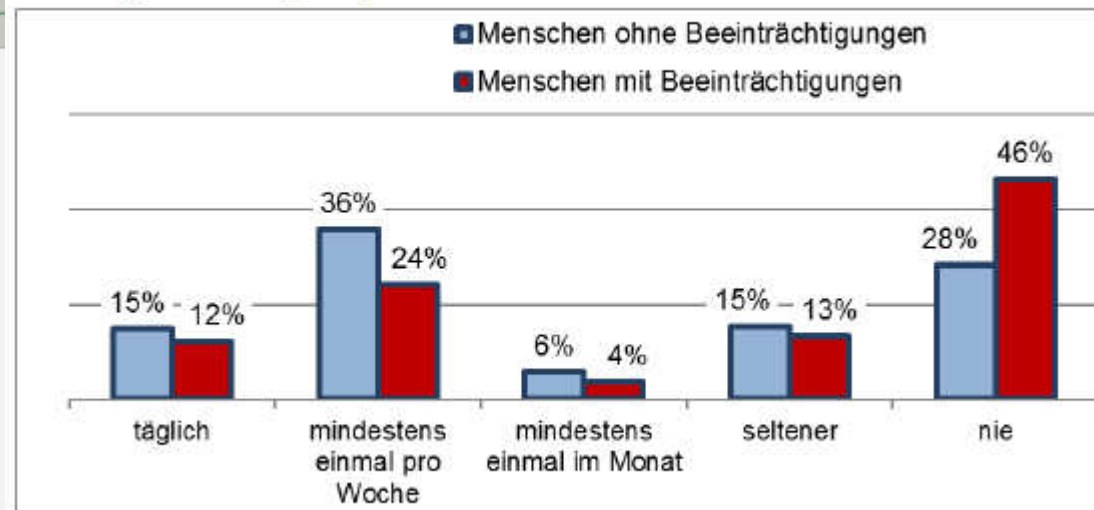
Quelle: SOEP Verknüpfung der Befragungswellen 2012/2013, gewichtet; Berechnung des ISG.



Eigene sportliche Aktivitäten

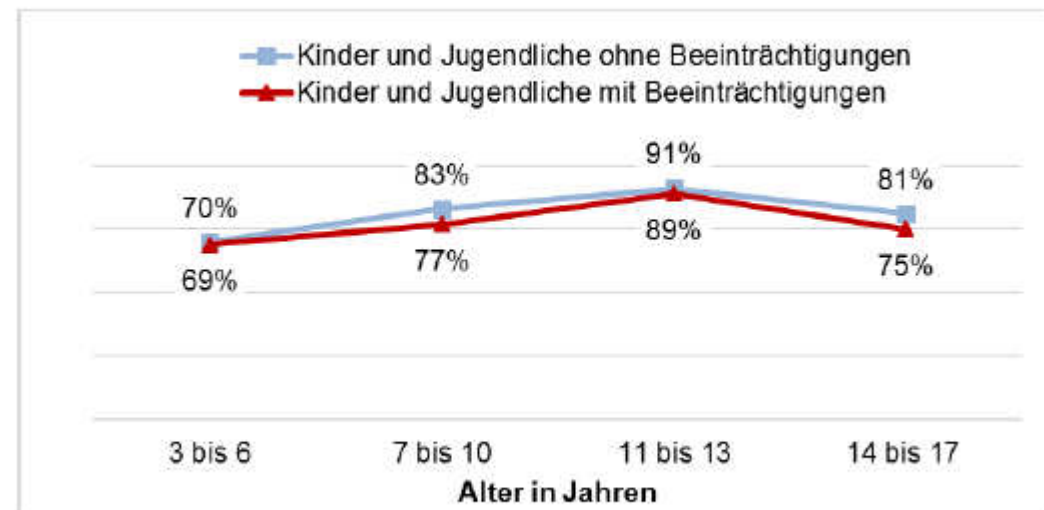
Engels, Engel & Schmitz 2016, 365

Abbildung 85: Häufigkeit sportlicher Aktivitäten

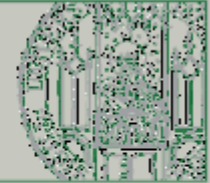


Quelle: SOEP Verknüpfung der Befragungswellen 2012/2013, gewichtet; Berechnung des ISG.

Abbildung 86 Kinder und Jugendliche, die mindestens einmal pro Woche Sport treiben, nach Alter



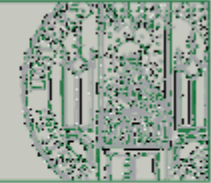
Quelle: KiGGS 2003-2006, Berechnung und Darstellung der Prognos AG (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2013a: 223).



Barrierefreier Tourismus gekennzeichnet durch

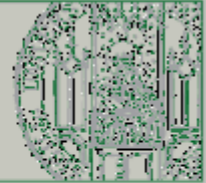
- Barrierefreie An- und Abreise
- Barrierefreies Hotel / Person / Ferienwohnung etc.
- Barrierefreie Aktivitäten vor Ort
- Vollständige und verlässliche Informationen

Engels, Engel & Schmitz 2016, 353



- Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e.V. (NatKo)
- AG „Barrierefreie Reiseziele in Deutschland“

BfAS 2011, 72f



- Zu wenige **Urlaubsangebote** für Menschen mit Beeinträchtigung
- 48% der Deutschen mit Beeinträchtigungen würden **häufiger** reisen, wenn es mehr barrierefreie Angebote gäbe
- 60% der Befragten sind bereit, für eine bessere Zugänglichkeit am Urlaubsort mehr **Geld** zu zahlen (ITB Berlin, 2012)

Engels, Engel & Schmitz 2016, 358



Barz, H. (2004). Teilnehmer- und Adressatenforschung in der Erwachsenenbildung. Düsseldorf: Erziehungswissenschaftliches Institut an der Heinrich-Heine-Universität

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BfAS) (2011). Übereinkommen der Vereinten Nationen über Rechte von Menschen mit Behinderungen. Erster Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland.

Deutscher Bildungsrat (1970). Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart: Ernst Klett Verlag

Engels, D.; Engel, H.; Schmitz, A. (2016). Zweiter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH im Auftrag des BfAS

Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention (2015). Parallelbericht an den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Berlin: Institut für Menschenrechte.

Seifert, M. (2016). Wohnen. In: I. Hedderich / G. Biewer / J. Hollenweger / Markowetz, R. (Hrsg.) Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt

Statistisches Bundesamt (2016). Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Fachserie 1 Reihe 4.1.1.



VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!

